

TOP 1.) Haushaltsvoranschlag 2011 mit
a) mittelfristigem Finanzplan 2011 – 2014 und
b) Dienstpostenplan 2011
Beratung und Beschlussfassung (AZ 900-2)

Der Vorsitzende legt dem Gemeinderat den Entwurf des Voranschlages für das Finanzjahr 2011 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Dieser wird sodann vom Schriftführer mit entsprechenden Erläuterungen wie folgt vorgetragen:

A) Ordentlicher Haushalt	
Summe der Einnahmen	€ 2.631.100,--
Summe der Ausgaben	€ 2.857.100,--
Fehlbetrag	€ 226.000,--
B) Außerordentlicher Haushalt	
Summe der Einnahmen	€ 227.500,--
Summe der Ausgaben	€ 246.800,--
Fehlbetrag	€ 19.300,--

Die Hebesätze der Gemeindesteuern für das Finanzjahr 2011 wurden vom Gemeinderat in der Sitzung am 16.12.2010 beschlossen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Finanzjahr 2011 zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird mit € 438.500,-- festgesetzt. Eine Aufnahme von Darlehen für Vorhaben im außerordentlichen Haushalt ist nicht vorgesehen.

Der Voranschlag für das Finanzjahr 2011 wird im Detail vom Schriftführer unter Hinweis auf das Ergebnis der Abschnitte Schülerausspeisung, Schulen, Kindergarten, der Zahlungen an den SHV, die Krankenanstaltenbeiträge sowie die die größten Ausgaben- bzw. Einnahmenveränderungen zur Kenntnis gebracht. Weiters wird in den einzelnen Abschnitten auf das Ergebnis der gemeindeeigenen Betriebe sowie der marktbestimmten Betriebe hingewiesen. Auf die Begrenzung der Investitionen und die Limitierung der Instandhaltungskosten wird besonders verwiesen.

Im außerordentlichen Haushalt sind nachfolgende Vorhaben vorgesehen:

	Abgang/Überschuss
Sallabergerhaus	- € 5.000,--
Gde.Straße Stögen-Sacherlahn	- € 15.500,--
Siedlungsstraßen	ausgeglichen
Grundstücke	+ € 1.200,--.
Wasserversorgungsanlage	ausgeglichen
Abwasserbeseitigungsanlage	ausgeglichen

In der Folge wird dem Gemeinderat der Schuldennachweis zur Kenntnis gebracht. Der Schuldenstand der Gemeinde Zell an der Pram wird sich im Finanzjahr 2011 von € 1.330.024,60 am Beginn des Finanzjahres durch den Abgang von Tilgungsraten auf € 1.247.524,60 am Ende des Finanzjahres 2011 verringern.

Der Bürgermeister verweist auf den gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Abgang im ordentlichen Haushalt, was sowohl auf die Steigerung bei den Ertragsanteilen als auch auf Ausgabenreduzierungen wie z.B. bei den Gastschulbeiträgen zurückzuführen ist.

VzBgm. Walter Demelbauer bedauert in einer Wortmeldung den Abgang im ordentlichen Haushalt sieht jedoch auch eine positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr auf Grund der steigenden Konjunktur. Er stellt den Antrag, dem vorgetragenen Voranschlag für das Finanzjahr 2011 die Genehmigung zu erteilen.

GV Karl Haferl erkundigt sich nach dem geplanten Baubeginn für das Vorhaben Gde.Straße Stögen-Sacherlahn. GR Freilinger erinnert ebenfalls in einer Wortmeldung an den schon ab 2010 geplanten Baubeginn für dieses Vorhaben. Der Bürgermeister informiert, dass die in den letzten Jahren verfügbaren Straßenbaumittel eine Durchführung dieses Bauvorhabens bisher nicht zugelassen haben. GR Dick bringt in einer Wortmeldung in Erinnerung, dass für dieses Straßenbauvorhaben bisher auch keine Einigung mit den Anrainern über eine Zahlung von Interessentenbeiträgen erzielt werden konnte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Bürgermeister über den Antrag von VzBgm. Demelbauer mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

Mittelfristiger Finanzplan 2011 - 2014

Der Schriftführer erläutert dem Gemeinderat den erstellten mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2011– 2014 in seinen Einzelheiten. Es werden sowohl die Ermittlung der Budgetspitze als auch der Investitionsplan detailliert dargestellt. Weiters wird auf die Veränderungen beim Maastricht-Defizit in den Planjahren hingewiesen.

VzBgm. Demelbauer Walter stellt den Antrag, dem vorliegenden mittelfristigen Finanzplan für die Jahr 2011 – 2014 die Genehmigung zu erteilen. Die offen mittels Handzeichen durchgeführte Abstimmung zeigt die einstimmige Annahme des Antrages.

b) Dienstpostenplan 2011 (AZ 011-0)

Der Dienstpostenplan wird vom Schriftführer dem Gemeinderat entsprechend der Seite 3 des Voranschlages für das Finanzjahr 2011 vollinhaltlich vorgetragen. Der Bürgermeister verweist auf die am 19.10.2010 erfolgte Genehmigung des im wesentlichen gleichlautenden derzeit geltenden Dienstpostenplanes durch die Aufsichtsbehörde beim Amt der OÖ.Landesregierung. Lediglich bei den Bediensteten des Kindergartens musste auf Grund der Bestimmungen des OÖ. Kinderbetreuungsgesetzes die Beschäftigung der Kindergartenhelferinnen insgesamt um 0,12 Personaleinheiten (5 Wochenstunden) angehoben werden.

VzBgm. Demelbauer stellt den Antrag, dem vorliegenden Entwurf des Dienstpostenplanes für das Finanzjahr 2011 die Genehmigung zu erteilen. Der Bürgermeister lässt über diesen Antrag mit Handzeichen abstimmen. Das Ergebnis zeigt die einstimmige Annahme.

TOP 2. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3 – 21. Änderung
Antrag Kleinpötzl Andreas, Genehmigung (AZ 031-2/3-21)

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 04.11.2010 der Einleitung des Verfahrens zur 21. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3 gemäß dem vorliegenden Plan des Architekten DI Dr. H. Englmaier zugestimmt.

Mit Verständigung vom 11.11.2010 wurde den von der geplanten Umwidmung Betroffenen und allen sonstigen gem. OÖ. ROG zu verständigenden Stellen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt. Eine Stellungnahme der Energie AG OÖ. ist beim Gemeindeamt Zell/Pram eingelangt, diese wird vom Bürgermeister vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Nachdem gegen die geplante Änderung keine Einwände erhoben wurden, empfiehlt der Bürgermeister, den Flächenwidmungsplan im Sinne des eingebrachten Antrages zu ändern.

GR Alois Ziegler unterstützt die Meinung des Bürgermeisters und bestätigt, dass die geplanten Änderungen nicht den Planungszielen der Gemeinde widersprechen und Interessen Dritter nicht verletzt werden. Nachdem daher keine Versagungsgründe im Sinne des Raumordnungsgesetzes vorliegen, beantragt er die beschlussmäßige Genehmigung. Der Bürgermeister lässt über den Antrag von GR Ziegler mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

TOP 3.) Wasserversorgungsanlage Zell an der Pram,
nachträgliche wasserrechtliche Bewilligung bestehender Anlagen;
Abschluss eines Werkvertrages

Für die Erweiterung der Wasserversorgungsanlage zur Versorgung der Ortschaft Holzedt wurde die Gemeinde Zell/Pram seitens der Direktion Umwelt u. Wasserwirtschaft beim Amt der OÖ. Landesregierung aufgefordert, um die wasserrechtliche Bewilligung anzusuchen. Nachdem in den letzten Jahren am Wasserleitungsnetz der Gemeinde auch anderweitig Umbauarbeiten durchgeführt wurden, hat die Gemeinde Zell/Pram die Direktion Umwelt u. Wasserwirtschaft ersucht, alle durchgeführten Änderungen gemeinsam für eine wasserrechtliche Genehmigung einreichen zu dürfen. Zu diesem Zweck ist die Vorlage eines Projektes erforderlich, für dessen Erstellung die Warnecke Consult Ziviltechniker GmbH den Entwurf eines Werkvertrages übermittelt hat. Seitens der Direktion Umwelt- und Wasserwirtschaft wird mit Schreiben vom 21.12.2010 bestätigt, dass sämtliche im Angebot der Fa. Warnecke enthaltenen Projektunterlagen für die wr. Bewilligung erforderlich sind. Der Entwurf des Werkvertrages wird den GR Mitgliedern vollinhaltlich vorgetragen. Auf die zu diesem Werkvertrag zugehörige Honorarberechnung, welche ein Honorar einschließlich der Nebenkosten in Höhe von € 19.500,-- excl. Ust umfasst, wird ebenfalls verwiesen. Der Bürgermeister verweist auf das Erfordernis der wr. Bewilligung der bestehenden Anlagenteile der WVA und empfiehlt die Annahme des Werkvertrages.

GV Norbert Macherhammer schließt sich der Meinung des Vorsitzenden an und stellt den Antrag, dem vorliegenden Werkvertrag mit der Fa. Warnecke Consult Ziviltechniker GmbH zuzustimmen.

GR Christoph Fekührer stellt die Frage, ob für die Projekterstellung mehrere Anbieter eingeladen wurden. Der Bürgermeister verneint dies mit dem Hinweis, dass bei der Fa. Warnecke sämtliche historische Unterlagen über die WVA Zell/Pram aufliegen, ein neuer Anbieter müsste die bestehende Wasserversorgungsanlage zuerst erfassen, der finanzielle Aufwand dafür würde ungleich höher sein als ein eventueller Preisvorteil bei der Erstellung des vorliegenden Projektes. Aus diesem Grund haben bisher auch Firmen, die vom Bürgermeister in der Vergangenheit eingeladen wurden, ein Konkurrenzangebot zu erstellen, dies mit dem Hinweis auf die zu erwartenden Kosten abgelehnt. Außerdem wurde der Umfang des vorliegenden Angebotes seitens des Landes OÖ. überprüft, die Honorare sind ebenfalls in den zutreffenden Honorarordnungen festgelegt und nicht willkürlich festsetzbar. GR Lambert Freilinger bemängelt trotz der Ausführungen des Bürgermeisters, dass nur ein Angebot eingeholt wurde.

GR Markus Zillner spricht sich in einer Wortmeldung für den Abschluss des Werkvertrages aus, regt jedoch an, in Zukunft bei Ausbau der WVA jeweils sofort um eine wr. Bewilligung anzusuchen.

GR Johann Brandmayer und GV Karl Haferl erkundigen sich, ob eine digitale Ausfertigung des Planes der WVA seitens der Fa. Warnecke zur Verfügung gestellt wird, da dies im vorliegenden Werkvertrag nicht ausdrücklich angeführt ist. Der Bürgermeister bejaht dies und verweist auf den schon vorliegenden Entwurf, der dem Gemeinderat digital mittels Beamer zur Kenntnis gebracht wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen lässt der Bürgermeister über den Antrag von GV Macherhammer mit Handzeichen abstimmen und stellt bei 2 Gegenstimmen von GR Christoph Fekührer und GR Lambert Freilinger die mehrheitliche Annahme des Antrages fest. GR Freilinger begründet seine Ablehnung mit dem Fehlen eines Vergleichsangebotes.

TOP 4.) ÖV-Schnupperticket für Gemeinden; Ausweitung des Pilotprojektes auf 3 Jahre

In der GR Sitzung am 04.11.2010 wurde über die Teilnahme der Gemeinde Zell/Pram an der Aktion „Schnupperticket“ informiert, mit welchem für die Dauer von 3 Monaten ab Dezember 2010 den Gemeindebürgern eine kostengünstige Fahrt nach Linz samt Benützung des Verkehrsverbundes zum Preis von € 4,-/Tag angeboten werden kann. Der Bürgermeister berichtet, dass diese Aktion seitens der Gemeindebürger gut angenommen wird und eine hohe Auslastung der Bahnkarten gegeben ist.

GR Heide-Maria Hellwagner gibt dem Gemeinderat einen Bericht über die laufende Probephase und erläutert die Schritte, die notwendig sind, um die Ausweitung der Förderung auf 3 Jahre zu erhalten:

Nachdem die 3-monatige Probephase am 28.02.2011 endet, kann im klima:aktiv mobil Programm um Förderung des Schnuppertickets für 3 Jahre angesucht werden. Die Förderungshöhe beträgt bis zu 50 % der Kosten für die Monatstickets. Die Antragstellung muss vor Projektbeginn erfolgen, der Eigenmittelanteil für Gebietskörperschaften bei mindestens 25 % liegen.

Auf Grundlage der zur Zeit geltenden Tarife für die Bahnkarten würde sich ein 25 %iger Eigenmittelanteil für die Gemeinde Zell/Pram mit ca. € 780,--/Jahr errechnen.

Der Bürgermeister spricht sich für die Einbringung eines Förderantrages aus und empfiehlt, bei einer Förderhöhe von 40 – 50 % dem Abschluss eines Vertrages über die Weiterführung der Aktion für 3 Jahre zuzustimmen.

GR Markus Zillner erkundigt sich nach eventuellen Ausstiegsmöglichkeiten aus der 3jährigen Bindung, sollte die Zahl der Entlehnungen zu stark sinken. Weiters plädiert er für eine umfangreiche Bewerbung der Aktion Schnupperticket.

GR Heide-Maria Hellwagner stellt den Antrag, ein Förderungsansuchen bei der Kommunalkredit, Programm klima:aktiv mobil für die Durchführung der Aktion Schnupperticket für 3 Jahre einzubringen und bei Zuerkennung eines Zuschusses zwischen 40 und 50 % einer Förderungsvereinbarung zuzustimmen.

Die mit Handzeichen über diesen Antrag durchgeführte Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme.

TOP 5.) Ablauf der Bestellungsfrist des Leiters des Gemeindeamtes; Weiterbestellung gem. § 11 OÖ. GBG 2001

Vor Beginn dieses TOP erklärt sich der Schriftführer als befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 05.06.2008 wurde Hr. Paul Schmidleitner als Leiter des Gemeindeamtes ab 01.09.2008 befristet auf 3 Jahre bestellt. Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über die Bestimmungen des § 11 OÖ. Gemeindebedienstetengesetz 2001, wonach ein Jahr vor Ablauf der Bestellung dem Inhaber einer leitenden Funktion schriftlich mitzuteilen ist, dass er für einen Zeitraum von weiteren 5 Jahren bestellt wird oder dass ein Gutachten des Personalbeirates zur Frage der Weiterbestellung eingeholt wird.

Hinsichtlich der Art der Abstimmung regt der Bürgermeister an, bei diesem TOP offen mit Handzeichen abzustimmen.

GV Maria Ertl stellt den Antrag, über diesen Tagesordnungspunkt offen mittels Handzeichen abzustimmen, welcher auch einstimmig angenommen wird.

Der Bürgermeister berichtet über die sehr zufriedenstellende Dienstausbübung des Amtsleiters und empfiehlt eine Weiterbestellung gem. § 11 Abs. 1 Ziff 1.) um weitere 5 Jahre ab dem 01.09.2011. Auf die Frage zu einer unbefristeten Weiterbeschäftigung teilt er mit, dass dies aus Gründen des Dienstrechtes für die Inhaber von leitenden Funktionen nicht mehr möglich ist, sondern jeweils nur eine Weiterbeschäftigung auf die Dauer von 5 Jahren beschlossen werden kann.

GV Maria Ertl stellt sodann den Antrag, Hr. Paul Schmidleitner nach Ablauf der Bestellungsfrist am 01.09.2011 für weitere 5 Jahre mit der Funktion des Amtsleiters zu betrauen. Der Bürgermeister lässt über diesen Antrag mit Handzeichen abstimmen. Das Ergebnis zeigt die einstimmige Annahme.

Der Bürgermeister bringt das Abstimmungsergebnis dem Schriftführer zur Kenntnis, dieser spricht dem Gemeinderat seinen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen aus.

TOP 6.) Allfälliges

Der Bürgermeister verweist auf das vorliegende Protokoll der letzten GR Sitzung vom 16.12.2010. Nachdem dagegen keine Einwendungen vorgebracht wurden, gilt dieses als genehmigt.

GV Karl Haferl berichtet, dass bei dem Hochwasser der Pram am 13.01.2011 durch das rasche Ansteigen des Wasserpegels bereits Straßenteile überflutet wurden, welche noch nicht abgesperrt waren.

TOP 7.) Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat zu folgenden Themen:

- Statistik soziale Dienste
- „Jahr der Freiwilligen“
- Realisierungszeitraum Vorhaben „gemeinsamer Bauhof“, Turnhallensanierung
- Abnahme Löschteich Fuckersberg
- Fortführung des Vorhabens Sallabergerhaus als Leaderprojekt
- Beschilderung der Wanderwege
- Baubeginn Pramrenaturierung
- geplante Verleihung des Titels „Fair-Trade-Gemeinde“
- Aktion thermografische Messung